

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Heizungshysterie der Bundesregierung beenden – Bundesratsinitiative gegen die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und auf Bundesebene gegen die aktuelle Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes einzusetzen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Pläne der Bundesregierung zum schrittweisen Verbot von Öl- und Gasheizungen, das mit der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes angestrebt wird, würde für zahlreiche Hauseigentümer gerade in Mecklenburg-Vorpommern eine unzumutbare und nicht zu bewältigende finanzielle Belastung darstellen. Eine eigene Immobilie – von vielen als zusätzliche Altersvorsorge eingeplant – würde somit zu einem ernsthaften Risiko für spätere Altersarmut. Auch für Mieter würde sich das Wohnen deutlich verteuern – angesichts von Inflation und sinkenden Reallöhnen ein unhaltbares Szenario.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf suggeriert zwar eine technologieoffene Umsetzung der Pflicht, zukünftig ausschließlich Heizungen einzusetzen, die zu 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen. Durch das willkürliche Setzen technischer und gesetzlicher Hürden würde jedoch alles auf einen einzigen verbleibenden Lösungsweg hinauslaufen – den Einsatz teurer Wärmepumpen.

Die Fraktion der AfD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern möchte, dass Wohnungen für Eigentümer und Mieter auch langfristig bezahlbar bleiben. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Investitionen in Wohnraum und Heizungsanlagen auch langfristig kalkulierbar sind und sich die Gesetzgebung an wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen orientiert. Ferner dürfen den Bürgern nur erfüllbare gesetzliche Pflichten auferlegt werden. Angesichts der mangelnden Kapazitäten an qualifizierten Fachkräften zur Planung und zum Einbau der Wärmepumpen erscheint die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes bereits in tatsächlicher Hinsicht nicht realisierbar.

Aufgrund der technischen Unwägbarkeiten, der unzureichenden Produktverfügbarkeit sowie den unverhältnismäßig hohen ökonomischen und sozialen Herausforderungen, die die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes bedeuten würde, ist es vernünftig, auf dieses Gesetzgebungsvorhaben zum Wohle unseres Volkes gänzlich zu verzichten. Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich auf Bundesebene gegen die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes einzusetzen.